

## Unsere Meinung und Kritik dazu

Das Ziel, mit ELENA Bürokratie abzubauen, wird nicht erreicht. Das Gegenteil wird der Fall sein. Kleine und mittelständische Betriebe werden mit der Bewältigung der gestellten Anforderungen überfordert, es entstehen hohe Kosten in Anschaffung und Pflege neuer Software und elektronischer Zusatzgeräte.

Die vom Bundesministerium angegebenen Einsparungen von jährlich 85 Mio. € wirken wie das Ergebnis einer fadenscheinigen Berechnung mit vielen Unbekannten. Aus alledem ziehen die kommunalen Spitzenverbände folgende Erkenntnis: „Das ELENA-Verfahren ist den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern nicht zumutbar. Das ELENA-Verfahren ist für die betroffenen Verwaltungen nicht administrierbar und es kostet erheblich mehr als es an Einsparungen an anderer Stelle bringt. Das ELENA-Verfahren widerspricht den Bemühungen von Bund, Ländern und Kommunen um Entbürokratisierung. Das ELENA-Verfahrensgesetz in seiner gegenwärtigen Fassung muss daher aufgehoben werden.“ (19.10.10) Der Schaden durch verloren gegangene bzw. in falsche Hände geratene persönliche Daten lässt sich darüber hinaus gar nicht mit einem Geldwert beziffern.

Das komplexe und unübersichtliche ELENA-Projekt ist für den Normalbürger nicht mehr zu überschauen und sorgt für ein immer stärker werdendes latentes Unsicherheitsgefühl bei den Menschen.

Ob darüber hinaus das gewählte Konzept der Erfassung, Übertragung und Verschlüsselung der Daten sicher sein wird, bleibt abzuwarten. Die Risiken und Gefahren fehlerhaft verarbeiteter oder manipulierter Daten in der ELENA-Datenbank sind unübersehbar! Wir sind gespannt auf den ersten Datenskandal bei der Deutschen Rentenversicherung ...

In Verbindung mit der neu eingeführten Steuer-ID-Nummer, die jedem deutschen Bürger eine eindeutige

und einmalige Nummer zuordnet, wird mit ELENA eine äußerst umfangreiche Datenbank geschaffen, die die Menschen gläsern werden lässt. Es gibt keine Wahlmöglichkeit, ob man an diesem System teilnehmen möchte oder nicht. Man wird dazu gezwungen (und muss auch die Kosten für die Karte selber tragen)!

Die Daten der Arbeitnehmer werden auch dann gespeichert, wenn sie überhaupt nicht benötigt werden (Vorratsdatenspeicherung). Dieses widerspricht dem im Bundesdatenschutzgesetz festgelegten Grundsatz der Datensparsamkeit.



### Aktuelle Informationen zu ELENA unter:

<http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/ELENA>

Informieren Sie sich ausführlich und unabhängig!

(Auch unabhängig von uns!)

Bilden Sie sich eine eigene Meinung!

Wehren Sie sich durch Protest und Verweigerung!

Sprechen Sie mit Freunden, Bekannten und Politikern!

### Über uns:

Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung (AK-Vorrat) ist ein deutschlandweiter Zusammenschluss verschiedenster Bürgerrechts- und Datenschutzorganisationen sowie unabhängigen Bürgern, die sich gegen jegliche Formen der unverhältnismäßigen Totalüberwachung, Beschneidung von Freiheitsrechten und der Erhaltung der Demokratie in Deutschland einsetzen.



Weitere Informationen: [www.vorratsdatenspeicherung.de](http://www.vorratsdatenspeicherung.de)

Kontakt: [kontakt@vorratsdatenspeicherung.de](mailto:kontakt@vorratsdatenspeicherung.de)

V.i.S.d.P.:

Uli Breuer, Fontanestr.80, 60431 Frankfurt,  
[ubreuer@t-online.de](mailto:ubreuer@t-online.de)

06-2011

Diese Information steht unter Creative-Commons-Lizenz by-nc-nd.  
<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>

# ELENA

Mit der Mega-Sozial-Datenbank auf dem Weg zum gläsernen Bürger



**Arbeitskreis**  
**Vorratsdatenspeicherung**

## Was ist ELENA?

„ELENA“ ist eine Abkürzung für „Elektronischer Entgelt Nachweis“.

Es handelt sich um ein Projekt der Bundesregierung, das früher auch als „Job-Card-Projekt“ bezeichnet worden ist.

Nach dem am 28.3.2009 im Bundesrat verabschiedeten dazugehörigen Gesetz muss seit dem 1.1.2010 jeder Arbeitgeber für jeden seiner Beschäftigten einmal pro Monat einen Datensatz übermitteln. In diesem Datensatz sind eine große Anzahl persönlicher Angaben über die erfasste Person enthalten.

Mit Hilfe dieser Daten sollen dann ab dem 1.1.2014 die Arbeits- und Sozialämter schneller und einfacher entscheiden können, ob und in welcher Höhe jemand Anspruch auf Sozialleistungen hat oder auch nicht.

In den betroffenen Ämtern sind die Arbeitsabläufe des Verfahrens den MitarbeiterInnen noch nicht bekannt. Die personelle Umsetzung würde in jeder deutschen Stadt bzw. jedem Landkreis einen Bestand etlicher hochqualifizierter IT-Fachleute voraussetzen, die sich nur dieser Aufgabe zu widmen hätten.

Wir machen uns deswegen große Sorgen und halten die Art und Menge der zusammengetragenen Daten für höchst gefährlich und in dieser Form verfassungswidrig.

► „Es widerspricht der menschlichen Würde, den Menschen zum bloßen Objekt im Staat zu machen ... Mit der Menschenwürde wäre es nicht zu vereinbaren, wenn der Staat das Recht für sich in Anspruch nehmen könnte, den Menschen zwangsweise in seiner ganzen Persönlichkeit zu registrieren und zu katalogisieren (...) und ihn damit wie eine Sache zu behandeln, die einer Bestandsaufnahme in jeder Beziehung zugänglich ist.“

Bundesverfassungsgericht Karlsruhe, 1969

## Offizielle Zielsetzung:

Das Verfahren verfolgt gemäß dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, das für die Einführung und Durchsetzung des ELENA-Systems verantwortlich zeichnet, zwei Ziele. Es geht um Bürokratieabbau und um Innovationen. Bürokratieabbau werde erreicht durch eine Beschleunigung der Verfahren, die zu einer Kostenentlastung der Unternehmen von mehr als 85 Mio. € pro Jahr führen soll. Innovationen sollen erreicht werden durch die breite Anwendung von qualifizierten Signaturkarten, welche die Rechtssicherheit im Bereich der elektronischen Kommunikation sicherstellen sollen.

## Zeitraumen:

Ursprünglich sollte der Aufbau der Infrastruktur im Jahre 2009 abgeschlossen sein, so dass die Arbeitgeber ab dem 1.1.2010 Meldungen für die Arbeitnehmer übermitteln und ab dem 1.1.2012 die Daten von den Sozialbehörden genutzt werden könnten. Inzwischen wird diskutiert den Datenabruf erst zum 1.1.2014 verbindlich zu machen.

## Dateninhalte des Verfahrens:

Der für die Umsetzung des Verfahrens zuständige „Arbeitskreis Elena“ hatte in seiner ersten Datensatzbeschreibung nicht nur Angaben ob einem Arbeitnehmer etwa wegen vertragswidrigen Verhaltens gekündigt wurde, sondern (in einem Freitextfeld) auch, worin dieses Verhalten bestand. Diese Information sei wichtig, um über etwaige Sperrzeiten beim Arbeitslosengeld entscheiden zu können, hiess es bei der Bundesanstalt für Arbeit. Inzwischen sind die Freitextfelder nach Protesten von Bürgerrechtlern und Datenschützern wieder gestrichen worden. Dennoch entscheidet allein dieser „AK-ELENA“ was wann gemeldet werden muss. Die Akzeptanz der so genannten "elektronischen Signatur" z.B. im neuen Personalausweis soll also mit Hilfe des ELENA-Verfahrens erzwungen werden, denn ohne eine solche wird es in Zukunft keine staatlichen Unterstützungs- oder Förderleistungen mehr geben.

## Was wird alles erfasst und gespeichert?

In einem umfangreichen Datensatz werden Monat für Monat für jeden Angestellten, Arbeiter und geringfügig Beschäftigten unter anderem folgende Daten übermittelt und zentral von der Deutschen Rentenversicherung Bund (DRV) in einer zentralen Speicherstelle (ZSS) in Würzburg gespeichert:

- Bruttoentgelt und Steuerklasse
- Kinderfreibetrag
- Angaben zur Tätigkeit, wöchentliche Arbeitszeit
- Renten-, Sozialversicherungs-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherungsbeträge
- Lohnsteuer, Solidaritätszuschlag, Kirchensteuer
- Name und Anschrift, Geburtsort, -datum und -name
- Angaben zu Arbeitgeber und Betrieb
- Anzahl, Beginn und Ende sowie „Arten“ von Fehlzeiten (z.B. Krankheit, Mutterschutz, Pflegezeit, Elternzeit, Wehrdienst/Zivildienst, usw.)
- Höhe und Art sonstiger steuerpfl. Bezüge (Weihnachts- u. Urlaubsgeld, zusätzl. Monatsgehälter, Gratifikationen, Tantiemen, Urlaubsabgeltungen, Abfindungen ...)
- Höhe und Art von steuerfreien Bezügen (z.B. Pensionskasse-Zuwendungen durch den Arbeitgeber, Kurzarbeitergeld, steuerfreie Fahrtkostenzuschüsse, Zuschüsse bei Mutterschaft usw.)
- Zeitpunkt des Beginns sowie voraussichtliches und tatsächliches Ende einer Ausbildung
- Arbeitgeber-Zuschuss zur freiwilligen Kranken- und Pflegeversicherung
- Grund von Arbeitszeitänderungen
- Arbeitsstunden – aufgeschlüsselt in Arbeitsstunden jeder einzelnen Kalenderwoche des Monats
- Urlaubsanspruch und tatsächlich genommene Urlaubstage, Urlaubsentgelt
- Angaben zu befristeten Arbeitsverhältnissen
- Angaben zu Entlassungen und Kündigungen
- Auskunft über bereits erfolgte Abmahnungen im Vorfeld von Kündigungen
- Vorruhestandsleistungen und -gelder, Abfindungen